

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erhebt wöchentlich am Sonntag, am Montag als Beilage. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land je nach die Post bei jeder Ausgabe monatlich M. 30.00, in den Ausgabestellen abgesehen M. 25.00 monatlich. Die abgelaufene Posten-Millimeter-Zeile kostet im Einzelverkauf M. 2.00, im ausserordentlichen M. 1.50. Reflektoren die Millimeter-Zeile M. 15.00 im Einzelverkauf und M. 20.00 im ausserordentlichen. Posten-Gebühr: Jede Zeile wöchentlich.

Noch keine Einigungsformel.

Auf dem Wege zum Kompromiß? / Angebliche Zugeständnisse Lloyd Georges. / Poincare und die nationalistischen Gegner / Englischer Kabinettsrat.

Auf dem kritischen Punkt.

Aus London liegt über die geheime Konferenz, die dort gestern fortgesetzt wurde, ein solcher Nachrichtenwert vor, daß es kaum möglich ist, sich ein einigermaßen zuverlässiges Bild zu machen. Namentlich die Vertreter der Pariser Blätter — und auch das offiziöse Savasbüro gehört dazu — tragen durch Tenbengnachrichten aller Art dazu bei, daß sich die Ungeheuerlichkeit verliert. Der Kombinationsspiel ist weitestgehend gelassen und nur berichtet jeder gern das, was er wünscht. Sogar ist, daß eine Verständigung noch nicht erfolgt. Das scharfe Duell zwischen Poincare und Lloyd George geht weiter. Forderungen ultimativen Charakters werden aufgestellt und dazwischen folgen Drohungen mit Bruch der Entente. Aber nirgends liegt schon ein sicherer Beschluß vor. Es ist auch fraglich, ob heute schon ein größeres Ergebnis erzielt wird. Wahrscheinlich wird auch diese Londoner Konferenz zu auslaufen, wie alle anderen bisher, sie wird ein Proletariat schaffen, aber keine Neuordnung bringen, wohl aber eine Brücke schlagen zu einer neuen Konferenz. Die folgende Londoner Konferenz ist die dritte seit Versailles. Die 13 ist eine Baße Zahl!

Poincares Kein.

Paris, 9. August. Der Sonderberichterstatter von Savas erklärt, über die heute vormittag von 9½ bis 12½ Uhr dauernde Unterredung zwischen Poincare, Lloyd George und Thénis, die im Hinblick auf ein Bruchstück in der französischen Botschaft stattfand, berichten zu können: Lloyd George habe von den französischen Vorschlägen angenommen: Die 20prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr, die Befreiung der Zollschranken und die Kontrolle der Staatsarbeiten im Ruhrgebiet und der Domänenforsten am linken Rheinufer. Die anderen Vorschläge, wie die Zollsenkung in den Rheinländern und im Ruhrgebiet, wies er noch auf festen Widerstand der englischen Regierung. Auch Poincare scheint unahnunglos zu sein. Die Sachverständigen sollen nachmittags nochmals die Frage der zivilischen Forderungen prüfen.

Man muß diese Tagesmeldung, die eine Tenbengmeldung ist, mit Vorsicht aufnehmen. Die „Deutsche Wts. Ztg.“ erzählt aus London von ihrem Sonderberichterstatter folgendes Telegramm, das das in Widerspruch steht: Die Lage der Konferenz ist kritisch. Die beidseitigen Bemühungen auf Vermittlung blieben bisher erfolglos. Falls die Einigung unmöglich sein sollte, wird die Konferenz, um offenen Bruch zu vermeiden, in Form einer Vertagung auszuschieben. Auf englischer Seite nimmt allmählich die Erkenntnis durch, daß Poincare absichtlich einen unannehmbaren Plan vorlegte, um dadurch für die Franzosen Aktionsfreiheit zu erlangen. Nach französischer Ansicht werden sich andere Alliierte ihm anschließen, sobald sich ein Erfolg des französischen Vorgehens zeigt. Die wichtigste Streitfrage bildet die Errichtung der Zollschranken am deutschen Ruhrgebiet. Lloyd George scheint bereit, den beidseitigen Vermittlungsplan anzunehmen. Die englische Stellungnahme Poincares ist für morgen zu erwarten.

Bei der Besprechung zwischen Lloyd George, Poincare und Thénis erklärte der englische Premier: „Ich gebe nicht zu, daß man Deutschland ruinieren. Das würde kein Geld einbringen.“ Poincare erwiderte: „Ich will, daß Deutschland den Verkauf von Rohstoffen durchführt und aus produktive Länder gibt.“ Thénis hielt sich klar in der Mitte und führte aus, daß man über prinzipielle Fragen und nicht über Tatsachen streite. Jeder Staatsmann beharrt auf seiner Meinung, infolgedessen ist die Lage gespannt als je. Es bietet im Augenblick keine Hoffnung. Ein Einvernehmen ist nicht möglich, erklärte einer der Unterhändler. Wenn keine Vereinbarung ausfindet, hat Poincare die Absicht, sofort das Parlament einzuberufen.

Englischer Kabinettsrat.

London, 9. August. Die Reuter erzählt, ist auf Grund der Tatsache, daß keine Verständigung zwischen den Alliierten in Sicht ist, für morgen eine Sitzung des britischen Kabinetts zusammenberufen worden. Die Minister sind in ihre verschiedenen Ferienaufenthalte verstreut, viele von ihnen müssen eilfertig aus dem Ausland zurückkehren. Es wird erklärt, daß die Lage amnestios ernst ist. Das Kabinet wird morgen ernste Entscheidungen zu treffen haben.

Lloyd George abermals nachgiebig?

Frühstücksstimmung.

Saag, 9. August. Trotzdem alle Nachrichten aus London in einem ansehnlichen bedrückenden Ton gehalten sind, wird mitgeteilt, daß bei dem Frühstück, das heute vormittag von Lord Curzon abgehalten wurde, die Stimmung sich gebessert habe. Es habe sich herausgestellt, daß Lloyd George auf dem Gebiete der von Poincare vorgeschlagenen kognativen produktiven Garantien gewisse Zugeständnisse zu machen bereit sei. Die Franzosen hätten

bis dahin immer nur betont, daß sie ihr letztes Wort bereits gesagt hätten. Aber nun zeigten sie Neigung, auf eine provisorische Regelung einzugehen. Lloyd George griff sofort zu, um die verbesserte Stimmung auszunutzen. Aber es scheint sich gerade dabei gezeigt zu haben, wie viel die Klüft zwischen beiden Parteien ist. Von der für heute angelegten Vollziehung ist unter diesen Umständen keine Rede gewesen, sondern die Sachverständigen haben dauernd weiterarbeiten. Es machte sich dabei immer wieder sehr lebend bemerkbar, daß noch niemand Klarheit darüber hat, ob das angedeutete Abkommen kurzfristig oder langfristig sein soll. Das gilt als politisches Thema, das der Entscheidung der Vollziehung zuzieht.

Belgiens Vormittagsvortrag.

Paris, 9. August. Eine Brüsseler Meldung des „Temps“ kennzeichnet den Vermittlungsversuch des belgischen Ministerpräsidenten Thénis wie folgt: Der Plan Thénis werde die Gewährung eines Abkommens ebenfalls von gewissen Garantien abhängig machen. Er würde aber gleichzeitig die Frage eines internationalen, zwar nur teilweise Schuldenausgleichs entwerfen in dem Sinne, daß die Note Ruffours berücksichtigt werde und die deutsche Schuld nach und nach im gleichen Verhältnis herabgesetzt werde. Ferner wird Thénis eine Neuauflösung der deutschen Reparationsleistungen vorschlagen im Verhältnis der Gebietsflächen der einzelnen Länder. Mit diesen Punkten, die für Frankreich Vorteile bringen, hoffe man französische Zustimmung zu erlangen. Auf Grund dieses Kompromisses müßte ferner die internationalisierte Anleihe neuerdings erhöht und vorläufig im Umfang von ungefähr zehn Milliarden Goldmark durchgeführt werden.

Am Poincares Stellung.

Paris, 10. August. In diesen politischen Kreisen ist man wegen der Haltung Poincares in London sehr verstimmt. Man wirft ihm vor, daß er täglich umgefallen sei, und die Nationalisten wenig gegen ihn. Der Bloc National hat ohne Zweifel eine Enttäuschung erfahren und bezeichnenderweise wird bereits ganz offen davon gesprochen, daß Poincare die Londoner Konferenz kaum überleben werde.

Amerikanische Sachverständige gegen die Zwangspolitik.

Newport, 9. August. Paul Cavanaugh, der Finanzsachverständige von Versailles, erklärte nach seinem vor kurzem erfolgten Besuch Deutschlands im Internationalen Institut von Williamson am Montclair im Hinblick auf den Kauf von Ruhrgebiet, daß die einem verarmten Deutschland auferlegten Reparationen unmöglich seien, und daß alle kompetenten Leute dies wüßten. Frankreich allein sei hartnäckig. Cavanaugh's Ausführungen wurden ausbrüchlich gebilligt von dem französischen Schriftsteller Raymond Kocouly, der kürzlich Deutschland bereist hat, von dem Engländer Philip Kerr, der bis vor kurzem Lloyd Georges Sekretär war, und von dem Amerikaner Oscar Crosby, zuletzt Sekretär des Schatzamtes, und Pierpont Morgan, bis vor kurzem Kommissar für das Rheinland.

Die Memoiren Lloyd Georges.

300 Millionen Mark Honorar.

London, 9. August. Wie bereits vor gemeldet, wird Lloyd George in nächster Zeit einen Teil seiner Memoiren erscheinen lassen. Dem Ministerpräsidenten lagen seit langem zahlreiche Angebote der ersten europäischen und amerikanischen Verlagsfirmen vor. Das in Frage stehende Wert, das sich fast ausschließlich in dem Ereignis der Kriegszeit befassen wird, wird von seinem Autor wahrscheinlich in den bevorstehenden Parlamenten beendet werden, so daß die Veröffentlichung bereits in einigen Monaten zu erwarten ist. Das Honorar soll 80 000 Pfund (etwa 300 Millionen Mark) betragen, nach anderen Gerüchten jedoch noch weit höher sein.

Befajungskosten und deutsche Farben.

Newport, 10. August. Hughes schlägt einen amerikanischen Kredit von zwei Millionen Dollar aus dem Ertrag der beklagten deutschen Farben zugunsten der amerikanischen Kosten der Rheinlandbelegung vor. Die Reparationskommission sollte die beklagten deutschen Farben zu einem Viertel des wirklichen Wertes an den Textilverband im Austausch der amerikanischen Reparaturkosten verkaufen. Nur bei Rangherab kann die Bestimmungen aufheben. Der Textilverband und Garpins in Westphalen getonnene chemische Gründung bezeichnete Hughes Vorschlag als deutschfreundlich.

Fajziplanne.

Sandwich gegen Rom?

Paris, 9. August. Die Agentur „Journal“ läßt sich über die sehr ernste Lage folgendes berichten: In Italien glaubt man, daß man am Vorabend erster Ereignisse stehe. Man spreche davon, daß die Fasziisten andauernd sich der Stadt Rom bemächtigen werden, um dort eine Diktatur zu errichten. Die gegenwärtigen Freireisegruppen am das Ausland würden alle von der Junta überwacht und mit einer Bewachung von 24 Stunden weitergegeben.

Heutiger Stand des Dollars 865!

Deutschlands Not und Nahrung.

Das ernste Problem.

Lloyd George hat in seiner Antwortrede an Poincare gefordert, daß man Deutschland nicht zur Verzweiflung treiben dürfe. Von den Mäkten des deutschen Volkes macht man sich im Londoner Beratungskomitee offenbar nur unzureichende Vorstellungen. Wäre der Welt bekannt, wie es bei uns in Wahrheit aussieht, welche katastrophale Kurve die Leuerung und der allgemeine Notstand erreicht haben, man hätte Herrn Poincare sicher entsetzt mit seinen blutdürstigen Forderungen lassen. Der Dollarstand ist nur ein sehr unzureichender Maßstab für Deutschlands wirkliche Notzeiten. Das deutsche Volk ist in seinem Lebensstandart tief unter das Friedensniveau herabgedrückt worden. Wenn man heute die Einkommen nicht nur der unteren Schichten, sondern weit bis hinein in die Kreise der früheren Reichen in Beziehung zu ihrem Goldvermögen vom Jahre 1914 setzt, und das muß man, wenn man den Grad von Deutschlands Verarmung richtig erkennen will, so ergibt sich, daß das deutsche Volk heute von einem Bruchteil seiner Friedenseinkünfte leben muß.

Vom 14. August an soll z. B. in Berlin der Brotpreis für marktenrichtiges Brot von 17,50 Mark auf 31,50 Mark heraufgesetzt werden und das marktenreife Brot soll 50 Mark kosten. Das ist eine Verdoppelung von drückender Schwere für hundertaufende armer Volksgenossen, die bereits jetzt schon unter den Nahrungsmangel unendlich zu leiden hatten. Man kann es verstehen, wenn in diesen Krisen neben einem Gefühl der Verzweiflung auch Stimmungen aufsteigen gegen Kreise, denen es besser geht als vielen Millionen. Es ist richtig, daß der Notstand im deutschen Volk unterschiedlich wirkt. Auch wenn wir alle unter Friedensverhältnissen nicht mehr besitzen, so gibt es doch verschiedene Stände, bei denen die veränderte Lebenslage nicht so tief in die Erziehung tritt. Aber es wäre falsch, die allgemeine Empörung nur gegen diese Schichten zu lenken, anstatt uns darüber klar zu werden, daß die gemeinsame Not, auch wenn sie unterschiedlich groß ist, uns zwingt gegen den äußeren Gegner zusammen zu treten.

Es muß darum jeder Verbesserung von Stadt und Land aus Gründen der nationalen Einheit entgegenwiderprochen werden. Es ist richtig, daß auch die Interessenvertreter von rechts selber Zerkümmertheit über Zerkümmertheit begehen, die wieder die Konsumtemperatur der Großstädte reizen müssen. In verschiedenen Gegenden bleibt die Ernte weit hinter den Ertragsklassen des Vorjahres zurück. Es ist nur verständlich, wenn die landwirtschaftlichen Organisationen dieser Gegenden um eine mildere Behandlung der Getreideumlage erühen. Aber der Reichslandtag scheint das zum Anlaß zu nehmen, um seine Mitglieder überall zu Nachbargebieten zu veranlassen. Genau so wie vor der Verabschiedung des Umlagegesetzes der Reichslandtag durch seine sehr negative Reaktion der Sache der Landwirtschaft mehr geschadet als genützt hat, genau so wird er jetzt das gleiche Vorgehen den wahren Interessen jener Landwirte, die diesmal nur eine geringe Ernte aufzuweisen haben. Die Generalisierung der Klagen durch die Agenten des Landbundes muß gegen solche Klagen überhaupt mittraulich machen. Da die erforderliche Getreideumlage sichergestellt werden muß, so ist die gegenwärtige Agitation leicht dazu angetan, die Nachprüfung in den Gegenden mit wirklich schwacher Ernte zu erschweren, weil der erforderliche Apparat überall gleichzeitig angelegt werden muß. Daneben aber wirken diese Klagen auch abtumpfend, und es kann nicht ausbleiben, daß man auf die landwirtschaftlichen Erträge aus den freien Produkten und aus dem nicht umlagepflichtigen Getreide verweist. Am Berliner Warenmarkt wurde gestern der marktreife Weizen mit 1650—1670 Mark pro Zentner und der Roggen mit 1240—1250 Mark gehandelt. Ein Zentner Dinkel kostet im Lebensgewicht 3500—3700 Mark und für Weizen kostet der Zentnerpreis sogar auf 3900 bis 4100 Mark, während Schweden den Kolossalpreis von 3200 Mark für den Zentner Lebensgewicht erreicht haben. In diesen Sommerernte ist es vielen Glädtern möglich gewesen, in unmittelbarer Fühlung mit der Landwirtschaft zu kommen. Sie haben die schwere Arbeit des Landmannes gesehen. Auch für seinen Haushalt verteuert sich alles, was er einkaufen muß. Soeben sind die Kaltpreise wieder um 30 Proz. heraufgesetzt worden. Die Arbeiterlöhne auf dem Lande halten mit den allgemeinen Lohnverhöhungen ziemlich Schritt. Die Leuten ist auf dem Lande heute ein empfindliches Problem. Die Umlage stellt zweifellos eine Sondersteuer für die Landwirtschaft dar. So hat auch der Landwirt seine Note. Aber es liegt gerade in seinem Interesse, daß diejenigen, die sich für seine Schwächheit politisch ausgeben, den Bogen nicht überspannen. Dann können die Parteien des Ausgleichs mit gutem Gewissen auch der Sache gegen die Landwirtschaft zu helfen, die sich oft genug in sozialistischen Blättern brühen.

Der bevorstehende Winter wird schwerer als mancher Kriegswinter werden. Die Preisentwärtigung wirkt alle Dispositionen über den Verkauf. Für die Preise ist bei unermesslichen Geldhänge naturgemäß der Umfang der Ernte mitbestimmend. Auf Einfuhr ist nur sehr schwer zu rechnen. Im Roggen werden wir nicht die gleiche Menge und Qualität wieder bekommen wie im Vorjahre und für Weizen rechnet man nur mit einer knappen Milliarde. Sehr verheißungsvoll stehen die Kartoffeln, und es ist zu hoffen, daß eine gute Ernte auch normale Preise bringen wird. Aber die Ernährungslage im ganzen ist das ernste Problem der nächsten Zeit für alle Parteien.

